



Es informiert Sie:	Nico Hüsgen
Telefon:	02104/99-1223
Fax:	02104/99-4224
E-Mail:	nico.huesgen@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 16.11.2023

Niederschrift

zur gemeinsamen Sitzung des Kreisausschusses, des Ausschusses für
Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz und des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Donnerstag, den 26.10.2023, 15:05 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer
1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Thomas Hendele

Mitglieder

Nicole Anfang

Ina Bisani

Prof. Dr. Ralf Bommermann

Annette Braun-Kohl

Dirk Brixius

Torsten Cleve

Wolfgang Diedrich

Ulrich Düchting

Detlef Ehlert

Josef Ehrentraut

Sandra Ernst

Schabestan Gafari

Christian Gartmann

Jens Geyer

Alexandra Gräber

Dr. Tina Guenther

Brigitte Hagling

Tobias Horn

Gabriele Hruschka

Dr. Bernhard Ibold

Ingmar Janssen

bis TOP 3

Marc Kammann
Andreas Kanschat
Dirk Kapell
Marion Klaus
Ulrich Klaus
Petra Kotthaus
Nils Lessing
Waldemar Madeia
Friedrich-Ernst Martin
Markus Meiser
Annette Mick-Teubler
Klaus Müller
Renate Petschull
Dieter Roeloffs
Annerose Rohde
Carola Rotert
Sybille Schettgen
Rainer Schlottmann
Margret Stolz
Udo Switalski
Hartmut Toska
Ewald Vielhaus
Annegret Wahlers
Dietmar Weiß
Hans-Gerhard Winter
Solveigh Zieger

bis einschließlich TOP 4

Verwaltung

Mirko Braunheim
Maxine Dey
Susanne Frindt-Poldauf
Désirée Geisler
Annette Geißler
Philipp Gilbert
Daniela Hitzemann
Nico Hüsgen
Tobias Jahn
Dr. Stephan Kopp
Dr. Arne Köster
Marcus Kowalczyk
Alexander Neumayer
Britta Röschmann
Claudia Rügemer
Martin Schlüter
Christian Schölzel
Sarah Schwanke
Dr. Ruzica Susenburger
Gabriele van Eck

Gäste

Meinhard Otto
Dr. Claus Pommer
Dr. Bettina Warnecke

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
2. Situation der Krankenhäuser
3. Nachträge
 - 3.1. Medizinische Versorgung im Kreis Mettmann 53/017/2023
Hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2023
 - 3.2. Bitte des Rates der Stadt Haan um Prüfung einer kommunalen Krankenhausträgerschaft 53/020/2023
Hier: Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 24.10.2023
 - 3.3. Erhalt der Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann 53/019/2023
Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 24.10.2023

Nicht öffentlicher Teil

4. Situation der Krankenhäuser
5. Nachträge
 - 5.1. Stellungnahme des Kreises im Anhörungsverfahren zur Krankenhausplanung 53/018/2023

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Landrat Hendele eröffnet die gemeinsame Sitzung und informiert, dass er sich mit den Vorsitzenden, KA Rotert und KA Gafari, darauf geeinigt habe, dass er die Sitzungsleitung bei den nun anstehenden Formalien – im Sinne der Sitzungsökonomie – als Konglomerat abhandeln werde. Die im Rahmen dieser Sitzung anstehenden Abstimmungen werden hingegen getrennt voneinander durch den jeweiligen Vorsitz durchgeführt.

Landrat Hendele weist darauf hin, dass der öffentliche Teil dieser gemeinsamen Ausschusssitzung live in die Öffentlichkeit gestreamt werde. Bis auf zwei Personen haben alle Anwesenden der Übertragung ihrer Person zugestimmt.

Anschließend stellt er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Anwesenheit fest. Im Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz werden KA Werner durch KA Mick-Teubler und KA Serag durch KA Dr. Guenther vertreten. Zudem wird KA Köster-Flashar im Ausschussvorsitz durch KA Gafari vertreten und KA Gafari im Stimmrecht durch KA Rohde. Im Gesundheitsausschuss wird KA Kirchhoff durch KA Braun-Kohl vertreten. KA Hagling und KA Hruschka werden im Stimmrecht durch SB Wahlers bzw. KA Anfang vertreten. Im Kreisausschuss werden KA Köster-Flashar durch KA Toska und KA Thomas durch KA Vielhaus vertreten. Darüber hinaus fehlen KA Hoffmann, KA Bösel, KA Onori und Herr Pallmeier (beratendes Mitglied) entschuldigt.

Zudem begrüßt er herzlich die anwesenden Gäste und insbesondere die Bürgermeisterin der Stadt Haan, Frau Dr. Warnecke, sowie den Bürgermeister der Stadt Hilden, Herrn Dr. Pommer. Alsdann stellt Landrat Hendele die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärt Landrat Hendele, dass diese geschäftsordnungskonform um die Tagesordnungspunkte

Öffentlicher Teil

- 3.1 Medizinische Versorgung im Kreis Mettmann 53/017/2023
Hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2023
- 3.2 Bitte des Rates der Stadt Haan um Prüfung einer kommunalen Krankenhausträgerschaft 53/020/2023
Hier: Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 24.10.2023
- 3.3 Erhalt der Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann 53/019/2023
Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 24.10.2023

Nichtöffentlicher Teil

- 5.1 Stellungnahme des Kreises im Anhörungsverfahren zur Krankenhausplanung 53/018/2023

erweitert worden sei. Er fragt, ob ad-hoc Ergänzungswünsche zur Tagesordnung bestehen. Da dies nicht der Fall ist, stellt er die Tagesordnung fest.

Anschließend schlägt Landrat Hendele den Anwesenden vor, dass Bürgermeisterin Dr. Warnecke und Bürgermeister Dr. Pommer zu Tagesordnungspunkt 2 jeweils ein Statement abgeben dürfen und zudem auch am nichtöffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen können. Aus den Reihen der Ausschussmitglieder werden hiergegen keine Einwände erhoben.

Zudem schlägt Landrat Hendele vor, dass die Tagesordnungspunkte 3.1, 3.2 und 3.3 gemeinsam beraten werden. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Vorschlag zu.

Sodann weist Landrat Hendele auf die für die papierbeziehenden Mitglieder an den Tischen ausliegende bzw. für die digital arbeitenden Mitglieder im Kreistagsinformationssystem eingestellte Unterlage hin:

- Zu TOP 2 „Situation der Krankenhäuser“ – Die Eingangsbestätigung des Landtages NRW hinsichtlich der Resolution des Kreistages des Kreises Mettmann vom 25.09.2023.

Zu Punkt 2: Situation der Krankenhäuser

Mit Blick auf die Situation der Krankenhäuser lässt Landrat Hendele entscheidende Ereignisse der vergangenen Monate Revue passieren.

Eine erste Information über die Krankenhausbedarfsplanung sei über die Kommunalen Spitzenverbände an die Kreisverwaltung herangetragen worden. Der Schwerpunkt dieser Planung sollte nach damaliger Information eigentlich im Jahr 2024 liegen. Für eine Überraschung habe sodann der unangekündigte Insolvenzantrag der Kplus Gruppe gesorgt. Diesen habe die Kreisverwaltung zum Anlass genommen, ein breit angelegtes Gespräch mit der Kplus Gruppe beziehungsweise dem Insolvenzverwalter zu führen. In diesem Rahmen sei u.a. auch das Interesse des Kreises betont worden, dass das Leistungsangebot der Krankenhäuser in Hilden und Haan aufrechterhalten werden solle. Die Schließung der St. Lukas Klinik in Solingen-Ohligs habe hingegen bereits vor diesem Insolvenzantrag festgestanden und sei auch bekannt gewesen; Teile des Solinger Leistungsangebotes sollten eigentlich in das Hildener Krankenhaus überführt werden. Am Ende des Gesprächs habe Landrat Hendele die Kplus Gruppe gebeten, die Akteure engmaschig über das weitere Verfahren zu informieren.

Das Gesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen habe die Insolvenzsituation sodann zum Anlass genommen, die Krankenhausbedarfsplanung für den Bereich Solingen-Mettmann vorzuziehen. Anfang Juni sei das offizielle Anhörungs- und Beteiligungsverfahren seitens des Gesundheitsministeriums Nordrhein-Westfalen für den Bereich Solingen-Mettmann eröffnet worden. Die übersandten Unterlagen seien seitens des Kreises in die Sitzung der Kommunalen Konferenz Gesundheit, Alter und Pflege am 16.08.2023 eingeflossen und dort beraten worden. Allerdings seien die Unterlagen in der vorliegenden Form (Excel-Listen) nicht geeignet gewesen, um einen Überblick darüber zu gewinnen, welche Krankenhäuser mit den aufgeführten Leistungsgruppen auch künftig wirtschaftlich zu führen seien. Die erste Stellungnahme des Kreises sei sodann aus Basis vorgenannter Beratungen am 17.08.2023 in Richtung des Gesundheitsministeriums Nordrhein-Westfalen abgegeben worden.

Überraschend habe den Kreis die Information erreicht, dass die Kplus Gruppe ihren Antrag für die neurologische Versorgung in Solingen sowie im südlichen Kreis Mettmann zurückgenommen habe, sodass die Stroke Unit in der Folge doch nicht ins Hildener St.-Josefs-Krankenhaus verlagert werde. Auch die Städte Haan und Hilden habe diese Information ‚kalt erwischt‘. Aus Sicht des Kreises habe die Kplus Gruppe das Recht an der Stroke Unit leichtfertig aus der Hand gegeben.

Am 29.09.2023 habe sodann eine umfangreiche Konferenz aller Krankenhausträger und Krankenkassen sowie des Kreises und der betroffenen Städte (Haan, Hilden, Solingen) zur Krankenhausplanung im Gesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen stattgefunden. In diesem Rahmen sei seitens des Gesundheitsministeriums Nordrhein-Westfalen u.a. die Entscheidung mitgeteilt worden, die Geriatrie, welche bislang in der St. Lukas Klinik in Solingen Ohligs beheimatet gewesen sei, – entgegen der Forderungen der Krankenkassen – nicht auf das Langenfelder Krankenhaus und auf das Hildener Krankenhaus aufzuteilen, sondern stattdessen ausschließlich dem St. Martinus Krankenhaus Langenfeld Richrath zuzuweisen. In diesem Zusammenhang habe der Kreis dem Gesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen verdeutlicht, dass die Schließung von drei Krankenhäusern (Solingen Ohligs, Hilden und Haan) in Bezug auf die (rettungs-)medizinische Versorgung im südlichen Kreisgebiet nicht durch die umliegenden Krankenhäuser kompensiert werden könne. Die konkrete Datenlage unterstütze die Ansicht des Kreises, da die drei Häuser insgesamt 30.000 ambulante Behandlungen, 20.000 stationäre Behandlungen und rund 12.000 Notfalleinsätze pro Jahr ausweisen.

Im Anschluss an die Konferenz habe noch ein bilaterales Gespräch zwischen der Kplus Gruppe und dem Gesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen stattgefunden, aus welchem letztlich resultierte, dass die Kplus Gruppe neben dem Krankenhaus in Solingen Ohligs auch die Krankenhäuser in Haan und Hilden zum 31.01.2024 schließen werde. Landrat Hendele habe zusammen mit Bürgermeister Dr. Pommer und Bürgermeisterin Dr. Warnecke noch betont,

dass mit dieser Entscheidung und einer entsprechenden Veröffentlichung seitens der Kplus Gruppe gewartet werden solle, da ansonsten das Risiko einer Personalabwanderung bestehe.

Am 04.10.2023 habe die Kplus Gruppe außerdem – ohne vorherige Abstimmung mit den beteiligten Akteuren – die Schließung der insgesamt drei Krankenhäuser zum 31.01.2024 verkündet und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern empfohlen, sich job-mäßig anderweitig umzusehen. Dieses Vorgehen habe den Kreis fassungslos gemacht; erst recht mit Blick auf mögliche interessierte Investoren. Daher sei ein ausdrücklicher Alarmruf in Richtung des Gesundheitsministeriums Nordrhein-Westfalen entsendet worden.

Überdies habe sich Gesundheitsminister Laumann dankenswerterweise persönlich in die Angelegenheit eingeschaltet, sodass zum 26.10.2023 konstatiert werden konnte, dass es einen interessierten Investor für das Krankenhaus in Hilden gebe (Gemeinnützige Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe (GFO)), welcher auch das Krankenhaus in Langenfeld betreibe.

Bürgermeister Dr. Pommer dankt für die Teilnahmemöglichkeit an dieser Sitzung. In Ergänzung zu den Ausführungen von Landrat Hendele erläutert er, dass die Stadt Hilden sich gegenwärtig in vielversprechenden Gesprächen mit der GFO befinde. Die GFO sei ihrerseits an die Kplus Gruppe und deren Insolvenzverwalter herangetreten. Gemeinsam sei ein erstes Konzept – u.a. hinsichtlich der zuzuweisenden Leistungsgruppen – ausgearbeitet worden, damit sowohl das Langenfelder Krankenhaus als auch das Hildener Krankenhaus zukunftsfähig aufgestellt werden können. Insgesamt gesehen gestalte sich die Situation hoffnungsvoll, allerdings sei es noch zu früh, um für Hilden „weißen Rauch aufsteigen zu lassen“. Abschließend bedankt sich Bürgermeister Dr. Pommer für den Einsatz des Kreises Mettmann und auch für das persönliche Engagement von Gesundheitsminister Laumann.

Bürgermeisterin Dr. Warnecke zeigt sich erfreut über die derzeitigen Entwicklungen in Hilden. Gleichzeitig betont sie, dass die jetzige Gesamtsituation nichts mehr mit einer strukturierten Krankenhausplanung zu tun habe. Vielmehr überbringe beziehungsweise hinterlasse die Kplus Gruppe einen „Scherbenhaufen“, den u.a. die Stadt Haan nun wieder zusammensetzen versuche. In das Haaner Krankenhaus sei außerordentlich viel investiert worden und der Betrieb laufe. Daher sagten die Haaner Bürgerinnen und Bürger zurecht „Rettet unser Krankenhaus“.

Sodann führt Bürgermeisterin Dr. Warnecke die Hintergründe und Inhalte der Bitte des Rates der Stadt Haan um Prüfung einer kommunalen Krankenhausträgerschaft (TOP 3.2) sowie der durch den Rat der Stadt Haan gefassten Resolution (TOP 3.3) aus. Sie informiert, dass es in der Bitte statt „Standortverwalter“ eigentlich „Sachverwalter“ heißen sollte.

Darüber hinaus erläutert sie, dass die Stadt Haan finanziell nicht in der Lage sei, ein städtisches Krankenhaus zu betreiben und verweist diesbezüglich auf § 1 Abs. 3 des Krankenhausgestaltungsgesetzes NRW. Dem Rat der Stadt Haan sei es ein Anliegen, dass die Stadt Haan (stärker) in Verhandlungen eintreten könne und mehr über die Kplus Gruppe bzw. die wirtschaftliche Situation der Kplus Gruppe (wie stelle sich beispielsweise das jährliche Defizit dar) erfahre. Darüber hinaus verdeutlicht sie die mit einem Kreiskrankenhaus zusammenhängenden Fragen nach der Kreisumlage bzw. Teilkreisumlage. Primär gehe es ihr um die Umsetzung des Plans A (Krankenhausrettung), auf der anderen Seite allerdings auch um die Erstellung eines vorausschauenden Plans B. Abschließend bedankt sie sich bei Landrat Hendele und seinen Mitarbeitenden für die bisher geleistete Arbeit.

Landrat Hendele schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 2 an dieser Stelle abzuschließen und eine Gesamtberatung der Thematik unter der gemeinsamen Beratung des Tagesordnungspunktes 3 vorzunehmen. Die Ausschussmitglieder zeigen sich mit diesem Vorschlag einverstanden.

Zu Punkt 3: Nachträge

Landrat Hendele weist darauf hin, dass mit den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.3 zwei Anträge vorliegen. Tagesordnungspunkt 3.2 (Bitte des Rates der Stadt Haan) habe er verwaltungsseitig allerdings nicht als Beschlussvorlage in diese Sitzung einbringen können. Hieraus resultiert, dass sich diese Bitte eine Fraktion oder eine anderweitige Konstellation zu eigen machen müsste und damit verbunden den Inhalt der Bitte beantrage.

KA Geyer bedankt sich bei Landrat Hendele, Bürgermeisterin Dr. Warnecke, Bürgermeister Dr. Pommer, den Mitarbeitenden der Verwaltung sowie den Bürgerinnen und Bürgern für deren Einsatz zum Erhalt der Krankenhäuser im südlichen Kreisgebiet. Er betont die Notwendigkeit eines Erhaltens der Krankenhäuser im Kontext der langen Wege- bzw. Fahrzeiten (bei Notfällen) zwischen den verschiedenen Städten im südlichen Kreisgebiet. Sodann führt er die Inhalte und Hintergründe des vorliegenden SPD-Antrages aus und betont, dass es sich um einen Prüfauftrag handele, inwieweit der Kreis in solchen bzw. zukünftigen Krankenhausituationen mitgestalten bzw. mitsprechen könne und so endlich die Rolle des „Zuschauers“ verlasse. Zudem werde sich die SPD-Fraktion die Bitte des Rates der Stadt Haan (TOP 3.2) – sofern ihr Antrag (TOP 3.1) abgelehnt werde – zu eigen machen. Überdies werde die SPD-Fraktion die Resolution (TOP 3.3) mittragen.

KA Madeia schließt sich dem Dank seiner Vorrednerinnen und Vorredner an. Im Hinblick auf den SPD-Antrag bzw. die Bitte des Rates der Stadt Haan führt er aus, dass der Kreistag des Kreises Mettmann mit der am 25.09.2023 verabschiedeten Resolution die Strategie verfolge, dass Landrat Hendele sich mit all' seiner Kraft in Verhandlungen für den Krankenhauserhalt einsetzen solle. Daher könnte bereits das kleinste Signal in die Öffentlichkeit im Kontext „kommunale Krankenhausträgerschaft“ bei möglichen Investoren fatalerweise abschreckend wirken. Aus diesem Grund habe die Kooperation – bestehend aus den Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP – einen Antrag eingebracht, welcher sich u.a. die Resolution des Rates der Stadt Haan zu eigen macht und insgesamt weiterhin auf eine Verhandlungslösung setzt.

Auch KA Ernst bedankt sich ausdrücklich bei allen Beteiligten für ihr bisheriges Engagement. Sie erläutert, dass der Kreis bereits seit Monaten jegliche Beteiligungs- und Handlungsoptionen im Kontext der Krankenhausplanung ausgeübt habe. Alle bestehenden Möglichkeiten, in Form von Stellungnahmen an das Gesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen, an die Bezirksregierung Düsseldorf und an den Landtag Nordrhein-Westfalen, seien genutzt worden. Zudem gebe es einen stetigen Informationsfluss über Landrat Hendele in das Gesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen. Andockend an die Ausführungen von Landrat Hendele kritisiert sie die Vorgehensweise der Kplus Gruppe. Hinsichtlich des SPD-Antrages bzw. der Bitte des Rates der Stadt Haan schließt sie sich der Meinung von KA Madeia an. Für sie komme gegenwärtig ausschließlich die bestehende Vorgehensweise bzw. die damit verbundene Zeitplanung in Betracht. Die Beschlussziffer 2 des Antrages der SPD-Fraktion könne aus ihrer Sicht abgetrennt und vertagt werden, sodass auf Basis einer valideren Datenlage im kommenden Jahr hierüber eine Entscheidung getroffen werden könne. Abschließend begründet sie den gemeinsamen Kooperations-Antrag und erinnert in diesem Zusammenhang nochmals an die Resolution des Kreistages vom 25.09.2023, mittels welcher u.a. auch die Resolution des Rates der Stadt Ratingen aufgegriffen worden sei. Diese Vorgehensweise des Kreistages solle beibehalten werden, sodass der Kreis in dieser Form geschlossen nach außen auftreten könne.

KA Geyer verweist energisch auf den seinerzeitigen Antrag der SPD-Fraktion (Kreistagssitzung vom 29.09.2022), mit welchem die SPD-Fraktion bereits vor über einem Jahr auf eine Resolution abgezielt habe, sich zum damaligen Zeitpunkt allerdings keine Fraktion dieser Initiative anschließen wollte. Er wünscht sich, dass der Kreis Mettmann endlich vor die Lage komme. Mit einer Abtrennung und Verweisung der Beschlussziffer 2 auf die Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 16.11.2023 sei er einverstanden.

KA Madeia entgegnet KA Geyer, dass derzeit nicht der richtige Zeitpunkt für eine parteipolitische Auseinandersetzung sei; es gehe um die Menschen vor Ort. Vor einem Jahr sei die derzeitige Situation nicht ansatzweise absehbar gewesen.

KA Klaus fragt, welche Fachbereiche welchem Krankenhaus im Rahmen der Bedarfsplanung zugeordnet werden, falls das Hildener Krankenhaus tatsächlich ‚gerettet‘ werden könne und darauf aufbauend künftig mit dem Langenfelder Krankenhaus zusammenarbeite bzw. das Haaner Krankenhaus schließe. Sie betont die Bedeutung solcher Fragen im Kontext von (derzeit zufriedenen und gut aufgehobenen) Dauer-Patientinnen und Dauer-Patienten der bisherigen Krankenhäuser (bspw. Diabetes-Patienten in Haan). Der SPD-Antrag zielt auf ein Mitspracherecht bei genau solchen Fragen ab.

Landrat Hendele erläutert, dass auch ein Krankenhausträger keineswegs autark entscheiden könne, welche Leistungsgruppen wo angeboten werden; hier spielen das Gesundheitsministerium Nordrhein-Westfalen und vor allem auch die Kostenträger (Krankenkassen) eine entscheidende Rolle. Zudem verweist Landrat Hendele u.a. auf die Stellungnahmen des Kreises Mettmann in Richtung des Gesundheitsministeriums Nordrhein-Westfalen.

KA Ehlert bestärkt den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion und betont die Notwendigkeit eines „Plan B“. Der Kreis solle in Entscheidungsprozessen stärker mitbestimmen können, daher gelte es nun den vorliegenden Prüfantrag der SPD-Fraktion zu beschließen.

Landrat Hendele erläutert den verwaltungsseitigen Auftrag, sich für den Erhalt der beiden Krankenhäuser einzusetzen. Darüber hinaus habe der Kreis am 24.10.2023 erneut eine Stellungnahme im Anhörungsverfahren (siehe nichtöffentlicher TOP 5.1) abgegeben, welche dezidiert auch von einem Erhalt sowohl des Hildener als auch des Haaner Krankenhauses spricht. Anhand von Fallzahlen des Rettungsdienstes sei ersichtlich, dass die Konsequenzen der avisierten Schließungen nicht aufgefangen werden könnten (die Krankenhäuser in Solingen Ohligs und in Haan decken derzeit rund 5800 Notfalleinsätze pro Jahr ab).

Landrat Hendele verdeutlicht, dass der Kreis und die Städte derzeit mit allen Akteuren weiterverhandeln, um einen ähnlich optimistischen Ansatz wie für das Hildener Krankenhaus auch für das Haaner Krankenhaus realisieren zu können. Zudem falle der Betrieb von Krankenhäusern nicht in die Kernkompetenz eines Kreises und der Kreis werde solche Probleme – auch im Hinblick auf ähnlich geartete Krankenhaussituationen in der Zukunft – nicht lösen können.

KA Braun-Kohl zeigt die Bemühungen in der Stadt Haan auf und verweist in dieser Hinsicht (als Aktionsbündnis) auf 8114 Unterschriften zum Erhalt des Haaner Krankenhauses. Leider habe sie feststellen müssen, dass einige Leistungsgruppen bereits zugewiesen worden seien und sie damit nicht sehr zuversichtlich in die Zukunft schauen könne.

Herr Kowalczyk führt in Bezug auf die Beschlussziffer 2 des SPD-Antrages aus, dass es sich bei „Mobile Stroke Units“ derzeit noch um etwas sehr Modellhaftes handle. Zudem solle es zukünftig Stroke Units am städtischen Klinikum Solingen und am EVK in Mettmann geben. Überdies seien Stroke Units in Essen, Düsseldorf und Wuppertal erreichbar. Insgesamt gesehen werde der Kreis Mettmann hiermit im Vergleich zur vorherigen Lage bessergestellt.

<p>Zu Punkt 3.1: Medizinische Versorgung im Kreis Mettmann Hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 18.10.2023 - Vorlage Nr. 53/017/2023</p>

Vor Eintritt in die Abstimmung zieht KA Geyer die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages zurück.

Sodann stellen die drei Vorsitzenden, Frau KA Rotert (Gesundheitsausschuss), Frau KA Gafari (Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz) und Landrat Hendele (Kreisausschuss) die verbliebene Ziffer des Antrages nacheinander zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag des Gesundheitsausschusses:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Krankenhäuser/Kliniken im Kreis Mettmann in Kreisträgerschaft überführt werden können oder der Kreis Mettmann sich Mitwirkungsrechte sichern kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(bei 3 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion)

Beschlussvorschlag des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Krankenhäuser/Kliniken im Kreis Mettmann in Kreisträgerschaft überführt werden können oder der Kreis Mettmann sich Mitwirkungsrechte sichern kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(bei 3 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion)

Beschluss des Kreisausschusses:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Krankenhäuser/Kliniken im Kreis Mettmann in Kreisträgerschaft überführt werden können oder der Kreis Mettmann sich Mitwirkungsrechte sichern kann.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(bei 3 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion)

Zu Punkt 3.2: Bitte des Rates der Stadt Haan um Prüfung einer kommunalen Krankenhaussträgerschaft
Hier: Beschluss des Rates der Stadt Haan vom 24.10.2023
- Vorlage Nr. 53/020/2023

Sodann stellen die drei Vorsitzenden, Frau KA Rotert (Gesundheitsausschuss), Frau KA Gafari (Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz) und Landrat Hendele (Kreisausschuss) den Antrag nacheinander zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag des Gesundheitsausschusses:

Der Landrat wird beauftragt,

- mit dem Sachverwalter und dem Insolvenzverwalter der Kplus-Gruppe zu prüfen und darüber zu verhandeln, ob das Haaner Krankenhaus schnellstmöglich, jedenfalls ab dem 01.02.2024 in kommunaler Trägerschaft fortgeführt werden kann;
- die Bürgermeisterin der Stadt Haan hieran zu beteiligen;
- die Öffentlichkeit und den Rat der Stadt Haan über die Ergebnisse der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

(bei 3 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME)

Beschlussvorschlag des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz:

Der Landrat wird beauftragt,

- mit dem Sachverwalter und dem Insolvenzverwalter der Kplus-Gruppe zu prüfen und darüber zu verhandeln, ob das Haaner Krankenhaus schnellstmöglich, jedenfalls ab dem 01.02.2024 in kommunaler Trägerschaft fortgeführt werden kann;
- die Bürgermeisterin der Stadt Haan hieran zu beteiligen;
- die Öffentlichkeit und den Rat der Stadt Haan über die Ergebnisse der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

(bei 3 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME)

Beschluss des Kreisausschusses:

Der Landrat wird beauftragt,

- mit dem Sachverwalter und dem Insolvenzverwalter der Kplus-Gruppe zu prüfen und darüber zu verhandeln, ob das Haaner Krankenhaus schnellstmöglich, jedenfalls ab dem 01.02.2024 in kommunaler Trägerschaft fortgeführt werden kann;
- die Bürgermeisterin der Stadt Haan hieran zu beteiligen;
- die Öffentlichkeit und den Rat der Stadt Haan über die Ergebnisse der Prüfung zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

(bei 3 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion und 1 Enthaltung der Fraktion UWG-ME)

Zu Punkt 3.3:	Erhalt der Krankenhauslandschaft im Kreis Mettmann Hier: Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN und FDP vom 24.10.2023 - Vorlage Nr. 53/019/2023
----------------------	---

Sodann stellen die drei Vorsitzenden, Frau KA Rotert (Gesundheitsausschuss), Frau KA Gavori (Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz) und Landrat Hendele (Kreisausschuss), den Antrag nacheinander zur Abstimmung. In diesem Zusammenhang weist Landrat Hendele darauf hin, dass es sich bei einer möglichen Annahme des Beschlussvorschlages um eine Eilentscheidung des Kreisausschusses (für den Kreistag) handelt (vgl. § 50 Absatz 3 Satz 1 KrO NRW).

Beschlussvorschlag des Gesundheitsausschusses:

1. Der Kreistag Mettmann begrüßt ausdrücklich die vielversprechenden Bemühungen um eine dauerhaft stabile Lösung für den Klinikstandort Hilden einhergehend mit einer möglichen Übernahme durch die Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe (GFO).
2. Der Kreistag macht sich die Resolution der Stadt Haan „Das Haaner Krankenhaus muss erhalten bleiben!“ zu eigen und unterstützt deren Inhalt vollumfänglich.
3. Der Landrat wird beauftragt, sich in den anstehenden Gesprächen weiterhin für den Erhalt beider Klinikstandorte mit ganzer Kraft einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschlussvorschlag des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz:

1. Der Kreistag Mettmann begrüßt ausdrücklich die vielversprechenden Bemühungen um eine dauerhaft stabile Lösung für den Klinikstandort Hilden einhergehend mit einer möglichen Übernahme durch die Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe (GFO).
2. Der Kreistag macht sich die Resolution der Stadt Haan „Das Haaner Krankenhaus muss erhalten bleiben!“ zu eigen und unterstützt deren Inhalt vollumfänglich.
3. Der Landrat wird beauftragt, sich in den anstehenden Gesprächen weiterhin für den Erhalt beider Klinikstandorte mit ganzer Kraft einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Beschluss des Kreisausschusses i.S. von § 50 Absatz 3 Satz 1 der Kreisordnung Nordrhein-Westfalen (Eilentscheidung):

1. Der Kreistag Mettmann begrüßt ausdrücklich die vielversprechenden Bemühungen um eine dauerhaft stabile Lösung für den Klinikstandort Hilden einhergehend mit einer möglichen Übernahme durch die Gesellschaft der Franziskanerinnen zu Olpe (GFO).
2. Der Kreistag macht sich die Resolution der Stadt Haan „Das Haaner Krankenhaus muss erhalten bleiben!“ zu eigen und unterstützt deren Inhalt vollumfänglich.
3. Der Landrat wird beauftragt, sich in den anstehenden Gesprächen weiterhin für den Erhalt beider Klinikstandorte mit ganzer Kraft einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Landrat Hendele stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Nachrichtlich:

Am Rande der Sitzung übergibt das Aktionsbündnis „Rettet unsere Krankenhäuser“ Landrat Hendele symbolisch eine Box mit gesammelten Unterschriften aus Haan. Das Aktionsbündnis ist ein Zusammenschluss von 5 Fraktionen des Haaner Stadtrates (CDU, SPD, FDP, Wählergemeinschaft lebens-

wertes Haan - WLH, Grün-Alternative Liste – GAL) und weiteren Mitwirkenden. Zudem übergab die SPD Erkrath Landrat Hendele eine Unterschriftensammlung mit den Bekundungen von zahlreichen Unterzeichnern aus Erkrath und Umgebung, die sich der Forderung nach einem Erhalt der Krankenhäuser in Haan und Hilden anschließen. Insgesamt wurden somit 8.114 Unterschriften zusammengetragen.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:02 Uhr

gez.
Thomas Hendele

gez.
Nico Hüsgen

gez.
Carola Rotert

gez.
Schabestan Gafari